



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 949 Anfrage Müller Pius und Mit. über den im Aufbau befindlichen Pandemievertrag der WHO / Gesundheits- und Sozialdepartement

Pius Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Pius Müller: Ich bin nicht mit den Antworten des Regierungsrates auf meine Anfrage unzufrieden, sondern darüber, was auf Bundesebene angedacht ist. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) will künftig den Staaten die Gesundheitspolitik diktieren. Das wäre das Ende der Unabhängigkeit der Schweiz. Am Friedensforum in Paris deponierte der Präsident des Europäischen Rates erstmals seinen Vorschlag. Wie wäre es, wenn die Welt bei der nächsten Pandemie vereint zusammensteht? Alle gemeinsam gegen das Virus mit Massnahmen aus einem Guss, ohne Sololäufe. Regeln lasse sich das ganz einfach, mit einem Vertrag, den die 194 Mitgliedstaaten der WHO unterzeichnen würden. Das ist der unscheinbare Anfang eines unheimlichen Vorgangs. Er rüttelt an den Grundfesten des souveränen Nationalstaates. Verfassungen sollen wertloses Papier und die eigene Gesundheitspolitik an Dritte delegiert werden. Wenn alles wie geplant kommt, wird künftig die WHO über Gesundheitsmassnahmen in allen Mitgliedstaaten entscheiden, inklusive der Schweiz. Spätere Veränderungen und Erweiterungen, so sieht es der Vertrag vor, könnten ohne Einstimmigkeit beschlossen werden. Davon trennt uns nur noch eine hauchdünne Wand, denn nirgendwo regt sich handfester Widerstand gegen diese Idee eines globalen Pandemievertrags. Zu meiner Anfrage: In der Antwort zu Frage 3 gibt die Regierung die Antwort gleich selbst, warum es so wichtig ist, dass die Kantonsregierung in Absprache mit dem Bund, weiteren Kommissionen und natürlich der Stimmbevölkerung eine Krise solchen Ausmasses zu bewältigen versucht. Denn tatsächlich hat es bei Bundesrat Alain Berset angefangen bis hin zu den Kantonsregierungen. Die Schweiz hat insgesamt – zumindest im Vergleich zu den Nachbarstaaten – einen guten, eigenständigen Weg gewählt. Nach Aussage des Impfpapstes Beda M. Stadler hat die Schweiz proportional zur Bevölkerung am wenigsten Corona-Tote zu beklagen. Nun wiegelt Bundesrat Alain Berset ab, er behauptet, das Ziel des Vertrags sei nur eine bessere Koordination unter den Staaten. Deshalb ist die Laissez-faire-Haltung des Bundesrates gegenüber diesem geplanten Impfpakt absolut unverständlich. Die Regierungen haben die Pflicht, die Rechte von Volk und Kantonen zu schützen, sie dürfen nicht einfach wegschauen. Zu wissen, wann genau die Kantonsregierung den definitiven Inhalt dieses Paktes einsehen kann, um die Kantonsbevölkerung über Nutzen und Risiken aufzuklären, ist der SVP ein grosses Anliegen. Im Moment ist das Wichtigste, dass dieses unsägliche Vertragswerk bekannt wird. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erfahren, was die Schweizer Regierung alles zu akzeptieren bereit ist. Von einer Kantonsregierung, die den Schutz der Volksrechte ins Zentrum ihres Handelns stellt, erwartet die SVP, dass sie sich bereits jetzt über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) beim Bund einbringt, dass das Volk einem Impfbatorium

oder anderen aufoktroierten Massnahmen wie Ausgangssperren, Rayonverboten usw. wohl kaum zustimmen würde. Strategisch muss sich der Kanton über die KdK einbringen, bevor der definitive Inhalt des Vertrags im Mai 2024 zur Annahme vorliegt.

Jörg Meyer: Die Anfrage von Pius Müller beziehungsweise der SVP-Zentrale reiht sich ein in ein grundsätzliches, isolationistisches Denkmuster, wie wir es bestens kennen. Alles Internationale ist zuerst einmal des Teufels, ausser man kann mit dem Teufel Geschäfte machen. Hinzu kommen, wie auch die Regierung korrekterweise festhält, unendlich viele Spekulationen über die politische Gesinnung von Delegationsteilnehmenden, über den drohenden Unabhängigkeitsverlust der Schweiz, eine globale Impfpflicht, kantonale Befehlsempfänger, eine gefährdete Aufsicht über das biologische Labor und zu guter Letzt noch Spekulationen über westliche Oligarchen. Auch wenn es Pius Müllers letzte Session ist nach seinem langjährigen Engagement, soll er es bitte nicht so hochstilisieren. Ich äussere mich deshalb lieber zu Sinn und Zweck eines solchen Vertrags: Der Zugang zu Expertise und Ressourcen: Durch den Beitritt zum Vertrag hätte die Schweiz Zugang zu Informationen, Expertisen und Ressourcen, die bei der Vorbereitung und der Reaktion auf Pandemien helfen können. Das kann dazu beitragen, die Kapazität der Schweiz zur Bewältigung einer Pandemie zu verbessern. Eine verbesserte internationale Zusammenarbeit: Der Vertrag zielt darauf ab, die Zusammenarbeit und Koordination bei der Vorbereitung und auch bei der Reaktion zu verbessern. Die Schweiz wäre besser in die internationale Zusammenarbeit eingebunden, was auch dazu beitragen kann, Ausbrüche schneller und effektiver zu kontrollieren. Eine stärkere Überwachung und Transparenz: Der Vertrag fördert die Transparenz und den Informationsaustausch, was für die Überwachung von entscheidender Bedeutung ist. Die Schweiz erhält so Zugang zu Informationen und Daten, die helfen können. Eine stärkere globale Gesundheitsdiplomatie: Ja, der Beitritt stärkt auch die Schweiz darin, um ihren Verpflichtungen in der internationalen Zusammenarbeit nachzukommen. Insgesamt gibt es viele Gründe, warum die Schweiz beitreten sollte. Der Vertrag würde der Schweiz helfen, ihre Fähigkeit zur Bewältigung von Gesundheitskrisen zu verbessern und ihre Verpflichtung zur internationalen Zusammenarbeit zu bekräftigen. Zu guter Letzt noch eine Offenlegung: Alle diese Argumente, meinen Eingangsteil weggelassen, entstammen einer persönlichen Anfrage bei der künstlichen Sprachintelligenz «ChatGPT», welche ich hier so ohne Anpassungen übernommen habe; sie entsprechen inhaltlich voll und ganz der Auffassung der SP-Fraktion.

Thomas Oehen: Die Anfrage bezieht sich auf die möglichen Konsequenzen des sich in Ausarbeitung befindlichen Pandemievertrags der WHO. Der Pandemievertrag wird durch die 194 WHO-Mitgliedstaaten ausgehandelt. Der Grundgedanke ist, dass die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Pandemien eine globale Vorgehensweise erfordern, damit die Welt besser auf die nächste Pandemie vorbereitet ist. Gemäss Recherchen wird der laufende Verhandlungsprozess in der WHO für ein internationales Instrument zur Vorsorge und Vorbereitung auf Pandemien vom Bundesamt für Gesundheit in Zusammenarbeit mit relevanten Bundesstellen der Gesundheitsausserpolitik begleitet. Genaue Angaben zur Delegation liegen uns aber zurzeit nicht vor. Bund und Kantone haben die Covid-Pandemie insgesamt gut gemeistert. Dies zeigen auch die Resultate verschiedener Evaluationen auf Bundesebene. Auch die Resultate des Covid-Rechenschaftsberichtes unseres Rates bestärken diese Erkenntnisse. An dieser Stelle bedankt sich die Mitte-Fraktion nochmals für die grossartige Arbeit, die alle Involvierten geleistet haben

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich nehme zur Kenntnis, dass Pius Müller mit den Antworten der Regierung zufrieden war. Seine Bedenken beziehen sich auf den Bund. In der KdK sind wir mit Regierungsrat Paul Winiker vertreten. Er wird das Anliegen dort einbringen. Ich selber gehe davon aus, dass dieser Vertrag – sollte er tatsächlich unterzeichnet werden – noch ratifiziert werden muss. Inhaltlich kann ich Ihnen zu diesem Vertrag leider nichts sagen.